



**Sie kämpft für Inklusion**  
Erika Rosa Kälin gewinnt Gold an den National Summer Games in Zug. 21



## Wo es am meisten blitzt

Die Sommergewitter sind da. Wir zeigen, wo der Blitz oft zuschlägt. 28

Leserbild: Toni Gasser

ANZEIGE

**KEHRICHT AM FEIERTAG? APP LADEN!**



ZKRI.CH

## Tödliche Falle für Hunde

**Lauerzensee** Der Kanton Schwyz warnt vor Blaualgenblüten im Lauerzensee. Er empfiehlt, das Wasser nicht zu schlucken und nach dem Badespaß gründlich zu duschen.

Doch für Hunde kann die Blaualge besonders gefährlich sein. Laut der Schweizerischen Kynologischen Gesellschaft ist sie für die Vierbeiner sogar potenziell tödlich. «Sie können sowohl milde Symptome wie Erbrechen auslösen als auch mit Krampfanfällen und Atembeschwerden tödlich verlaufen», sagt die Organisation.

Besserung ist derweil im Lauerzensee nicht in Sicht. Mit den hohen Temperaturen im Sommer dürfte sich die Blaualge weiter vermehren. (red) 3

REGION

## Babyalarm im Tierpark



In Goldau ist viel tierischer Nachwuchs zu bestaunen. 2

REGION

## Wo ist der Helfer in der Not?

Rentner sucht unbekanntes Helden, der ihm nach Sturz half. 3

# Blocher liebäugelt mit Volksinitiative zur UBS-Frage

Der SVP-Strategie weiss, dass sein Vorschlag im Parlament keine Mehrheit findet.

Daniel Zulauf

Alt-Bundesrat Christoph Blocher ist überzeugt: Es gibt letztlich nur eine Lösung, damit der Schweizer Staat und seine Steuerzahler nie mehr eine Grossbank vor dem Untergang retten müssen: Man muss systemrelevanten Grossbanken verbieten, in den USA eigene Tochtergesellschaften zu halten. Doch mit seinem Vorschlag zur UBS-Regulierung stösst Blocher auf wenig Gegenliebe: Der Bundesrat hat ihn als zu weitreichend abgelehnt, seine eigene SVP-Fraktion hat ihn zwar ursprünglich unterstützt, doch dann schubladisiert.

### Referendum ergreifen bringt nichts

Blocher hofft nun, dass seine Partei im Herbst seinen Vorschlag wieder in die parlamentarische Diskussion einbringt. «Ich weiss nicht, ob sie den Mumm haben wird, es zu tun», sagt er im Gespräch mit CH Media. «Und wenn sie es tut, wird sie damit wohl untergehen.» Die Frage ist deshalb: Was kann Blocher noch tun? Das Referendum er-

greifen gegen eine allenfalls zu lasche Bankenregulierung will er nicht. «Ein Referendumserfolg würde nichts daran ändern, dass die UBS <too big to fail> ist und die Schweiz gefährdet», sagt Blocher. In der Tat würde damit der Status quo zementiert. Vor dem gleichen Problem steht die Linke, die ebenfalls von einer schärferen Regulierung träumt. Auch sie wird sich fragen müssen, ob sie mit einem Referendum zusätzliche Eigenkapitalauflagen für die UBS bekämpfen will, nur weil sie diese als zu schwach erachtet.

Lösbar wäre das Problem gemäss Blocher vielleicht mit einer Volksini-

tiative. Diese könnte schweizerischen Banken, die <too big to fail> sind, verbieten, ausländische Tochterbanken zu halten. «Dieser Weg muss offenbleiben», sagt Blocher. «Aber es wäre ein grosses Projekt, das ich allein mit meinen 85 Jahren nicht aufgreifen will.»

Gleichzeitig weiss Christoph Blocher sehr genau, dass ein solches Volksbegehren durchaus populär sein könnte. «Überall gibt man mir zu verstehen: Du hast ja gar keine Gegner», sagt er. «Nur die Bank und der Bundesrat sind gegen deine Idee. Die breite Bevölkerung ist doch dafür.» 20



Christoph Blocher bei einer Rede im April. Bild: Keystone

## BBC unterwegs im Talkessel

**Abstimmung** Josephine Casserly reist für den BBC World Service rund um die Welt – nun hat sie die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» nach Muotathal geführt. Im Restaurant Hölloch erlebt sie Interviews, die «straight out of central casting» seien, also wie «aus dem Bilderbuch».



Die britische Radioreporterin möchte «die ganze Geschichte erzählen» und geht den Fragen nach, wie die Schweizerinnen und Schweizer – und speziell die Schwyzler als Vertreter der ländlichen Schweiz – über Einwanderung denken. Wie sich die Gegend in den letzten 20, 30 oder 40 Jahren verändert hat, welche Sorgen es gibt?

### Sie bleibt lieber in der 10-Millionen-Stadt

Während sie am Strassenrand Kuhglocken aufnimmt und vom «sehr schönen, authentischen, schweizerischen, traditionellen und sehr friedlichen» «Hölloch» schwärmt, bleibt für sie eines klar: Einwandern will sie nicht – London mit seinen rund 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern bleibt ihr Zuhause. (red) 5



## Inhalt

|             |      |           |   |                |        |           |        |             |       |            |    |              |    |
|-------------|------|-----------|---|----------------|--------|-----------|--------|-------------|-------|------------|----|--------------|----|
| Ratgeber    | 4    | Agenda    | 7 | Küssnacht      | 9      | Fernsehen | 12, 13 | Schwerpunkt | 15    | Börse      | 26 | Piazza       | 27 |
| Leserbriefe | 6, 9 | Denksport | 8 | Zentralschweiz | 10, 11 | Stellen   | 14     | Sport       | 21–25 | Immobilien | 27 | Letzte Seite | 28 |

# Blocher resigniert – vorerst

Sein UBS-Vorschlag werde totgeschwiegen, weil er in der Bevölkerung zu populär sei, sagt der Politfuchs.

Daniel Zulauf

Die Schweiz hat das Too-big-to-fail-Problem mit ihren Banken noch nicht gelöst, findet nicht nur der SVP-Doyen und frühere UBS-Verwaltungsrat Christoph Blocher, sondern auch der Bundesrat. Finanzministerin Karin Keller-Sutter will deshalb, dass das Parlament am liebsten schon im Herbst beschliesst, dass die UBS ihre ausländischen Tochterbanken zu 100 Prozent mit Eigenkapital im Schweizer Stammhaus unterlegen muss. Auch mit anderen Massnahmen will der Bundesrat die Grossbank und andere systemrelevante Banken sicherer machen und die Lehren aus dem Untergang der Credit Suisse ziehen.

Eine Lösung des Too-big-to-fail-Problems seien die Vorschläge des Bundesrates aber nicht, sagt Blocher und wiederholt damit seine bereits früher geäusserte Kritik im Gespräch mit CH Media. Er will, dass die UBS keine eigene Bank in den USA mehr betreiben darf. Ob die UBS das dortige Geschäft verkaufen, verselbstständigen oder anders abtrennen soll, müsse die Bank selbst entscheiden. Entscheidend sei, dass die Bank beziehungsweise der Schweizer Staat keine Verantwortung mehr dafür tragen müsse.

«Es darf nicht sein, dass die Schweiz eine Bank retten muss, weil die Welt aus Angst um das Weltwährungssystem genau das von unserem Land erwartet und verlangt», sagt der 85-Jährige und verweist auf die Ereignisse rund um die Rettung der Credit Suisse im März 2023. Aber das wolle niemand mehr hören.

## Ein diskussionsloses Ja in der SVP-Fraktion

Blochers Vorschlag steht zwar in der Vernehmlassungsantwort der SVP auf die vom Bundesrat im April vorgeschlagene Too-big-to-fail-Regulierung. Die Bundeshausratsfraktion der SVP habe ihn damals ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung angenommen, aber «natürlich bin ich als Politiker viel zu erfah-



Christoph Blocher kämpft seit Jahrzehnten gegen Too-big-to-fail-Banken.

Bild: Boris Bürgisser

ren, als dass ich geglaubt hätte, meine Partei stehe mit Herz und Seele hinter meinem Vorschlag», sagt Blocher.

Thomas Matter, der Bankenexperte der SVP, der in der Wirtschaftskommission eine wichtige Stimme im Nationalrat hat, sei an der Abstimmung über die Vernehmlassungsantwort nicht präsent gewesen. «Dabei hätte ich mir nichts mehr gewünscht als eine konträrke Diskussion über meinen Vorschlag», sagt Blocher. «Matter hätte seine Präferenz für eine abgeschwächte Variante des bundesrätlichen Regulierungsvorschlages vorstellen können, ich hätte meine Idee präsentiert.»

Thomas Matter besitzt in Zürich die Helvetische Bank. In deren Verwaltungsrat sitzen SVP-Fraktionspräsident Tho-

mas Aeschi und Marcel Rohner, Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung. «Matter verfolgt seine eigene Agenda, das darf er auch. Aber über deren Inhalt will ich mit ihm eigentlich gar nicht streiten, denn auch sie löst das Too-big-to-fail-Problem nicht», erklärt Blocher. Die ganze Diskussion drehe sich inzwischen nur noch um die Frage, wo und wie der bundesrätliche Vorschlag geschliffen werden könne, damit er im Parlament eine Mehrheit finde. «Aber entscheidend ist: Die UBS bleibt auch mit einer vollständigen Kapitalunterlegung ihrer Auslandstöchter <too big to fail>. Geht sie zugrunde, zahlt die Schweiz.»

Am Ende würden sich Bundesrat und Parlament auf eine Art Kuhhandel zur Regelung der UBS-Kapitalfrage einigen,

prophezeit Blocher. Ein Referendum wäre zwecklos: «Ein Referendumserfolg würde nichts daran ändern, dass die UBS <too big to fail> ist und die Schweiz gefährdet.»

Blocher hofft dennoch, dass die SVP-Fraktion im Herbst seinen Vorschlag in die parlamentarische Diskussion einbringt. «Ich weiss nicht, ob sie den Mumm haben wird, es zu tun. Und wenn sie es tut, wird sie damit wohl untergehen. Aber immerhin würde so das Too-big-to-fail-Problem im Bewusstsein des Parlaments und der Öffentlichkeit bleiben.»

Das Bestechende an dem Vorschlag sei, dass jeder den Nutzen sofort erkennen könne, sagt Blocher. Die UBS und ihre politischen Verbündeten wüssten um die Popularität der Idee. «Ihre Devise lautet deshalb: den

Ball flach halten, nicht darüber sprechen. Würde man über die Idee öffentlich reden, käme eine breite Diskussion in Gang», erklärt der Politiker.

## Nahkampf mit Karin Keller-Sutter

Es würde heissen, die Schweiz wäre kein internationaler Finanzplatz mehr. Der Bundesrat müsste dazu Stellung beziehen. Grosse Industriefirmen würden sich einschalten, um die Argumente der UBS zu stützen. «Es entstünde eine Diskussion, die ausser mir und der breiten Bevölkerung eigentlich niemand will», sagt Blocher. Denn die UBS suche jetzt den Nahkampf mit Keller-Sutter mit dem Ziel, ihren Vorschlag zu bodigen. «Seien wir ehrlich: Ein Thematotzuschweigen ist in der Schweiz immer noch die eleganteste und effizienteste Methode, einen politisch unerwünschten Vorschlag zu bodigen.»

Blocher sagt, er spüre gerade selber, wie schwer es ihm falle, das Thema voranzubringen. «Überall gibt man mir zu verstehen: Du hast ja gar keine Gegner. Nur die Bank und der Bundesrat sind gegen deine Idee. Die breite Bevölkerung ist doch dafür. Ja, aber das hilft in dieser Situation herzlich wenig.»

Blocher räumt ein, dass sein Vorschlag im Parlament einen gewissen Druck erzeugen könne. Der Bundesrat wird argumentieren müssen, dass sein Vorschlag zwischen Blochers extremer Position und dem abgeschwächten Vorschlag einer bürgerlichen Pro-UBS-Allianz liege und somit ausgewogen sei. «Das mag stimmen und dem Bundesrat vielleicht helfen, aber das Too-big-to-fail-Problem bliebe dennoch ungelöst.»

Lösbar wäre das Problem vielleicht mit einer Volksinitiative, in die man schreiben könnte: Schweizerische Banken, die <too big to fail> sind, dürfen keine ausländischen Tochterbanken halten, sagt Blocher. «Dieser Weg muss offenbleiben, aber es wäre ein grosses Projekt, das ich allein mit meinen 85 Jahren nicht aufgreifen will. Kommt Zeit – kommt Rat.»

## Nachrichten

### Skepsis gegenüber Industrie-Aufschwung

**Aufträge** Der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe habe sich im Mai trotz des Nahostkonflikts weiter auf 57,3 Punkte verbessert, den höchsten Wert seit über drei Jahren. Das stellen die Analysten der Zürcher Kantonalbank (ZKB) fest. Damit helle sich die Stimmung weiter auf. Die ZKB bleibt jedoch skeptisch, dass der Aufschwung weiter anhält. Die industrielle Dynamik werde sich von jetzt ab abschwächen. Darauf würden Indikatoren des KOF-Instituts der ETH Zürich deuten: die Erwartungen zum Auftragseingang und zu den Exporten. Die bremsenden Effekte des Irankriegs würden sich erst im weiteren Verlauf materialisieren. (nav)

### Warnung vor Wettbewerb ohne Steuerung

**Bahn** Angesichts drohender Konkurrenz im Fernverkehr hat die Chefin der Deutschen Bahn, Evelyn Palla, die Politik aufgerufen, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. «Sonst droht ein ungesteuerter Wettbewerb, dessen Folgen sich am Ende womöglich für die Mehrheit negativ auswirken», sagte Palla. Hintergrund ihrer Warnung ist die Ankündigung des italienischen Unternehmens Italo, es wolle ab dem Jahr 2028 in Deutschland ebenfalls Fernverkehrsfahrten anbieten. Italo will viel Geld in Züge investieren – allerdings auch die Sicherheit haben, dass es lukrative Trassen bedienen darf. (dpa)

### Unicredit erhöht Druck auf die Commerzbank

**Banken** Die italienische Grossbank Unicredit hat mit ihrer Übernahmeofferte für die Commerzbank die wichtige Marke von 30 Prozent der Anteile klar überschritten. Commerzbank-Aktionäre hätten ihr Anteile im Umfang von 7,58 Prozent des Grundkapitals angeeignet, teilte die Unicredit in Mailand mit. Nachdem das Geldhaus aus Mailand bisher schon 26,77 Prozent der Commerzbank-Aktien gehalten hatte, würde ihre Beteiligung damit rechnerisch auf 34,35 Prozent steigen. Die Unicredit sieht bei einem Zusammenschluss das Potenzial für milliardenschwere Einsparungen. (dpa)

### EU-Verhandlungen zu Fluggast-Rechten

**Aviatic** Vertreter der EU-Staaten und des Europaparlaments verhandeln über eine Reform der europäischen Fluggastrechte. Dabei geht es unter anderem darum, ab welcher Verspätung die Passagiere künftig eine Entschädigung bekommen sollen. Die Staaten der Europäischen Union haben sich dafür ausgesprochen, dass die Fluggäste künftig erst nach einer Verspätung von vier Stunden entschädigt werden sollen. Das Europaparlament und auch die Regierung von Deutschland wollen dagegen, dass es wie bisher ab mindestens drei Stunden Verspätung schon Geld gibt für die Fluggäste. (dpa)

## Privatjet-Boom hält an

Teures Kerosin lässt Superreiche unbeeindruckt.

Die Kosten für Flugbenzin sind stark gestiegen. Es ist eine weitere Folge des Iran-Kriegs, der das weltweite Energiesystem durcheinanderbringt. Doch wie die Agentur «Bloomberg» berichtet, kann dieser Kostenschub dem Boom der Privatjet-Industrie nichts anhaben.

Bis zum 24. Mai hätten die Flugaktivitäten mit Privatjets im Vorjahresvergleich weiter zugenommen, und zwar um 4 Prozent. «Bloomberg» stützt sich auf Daten von Wing X, einem auf Flugdaten spezialisierten Anbieter. Das Wachstum ist umso erstaunlicher, als 2025 bereits ein Rekordjahr für

die Branche war. Von dem Boom profitieren die Hersteller von Privatjets. Rekordzahlen schreibt etwa der Hersteller der luxuriösen Gulfstream-Jets: Er liefert Flieger in Rekordmengen aus und verzeichnet sehr hohe Bestellungen.

Während der Iran-Krieg also auf die Flugpläne der Superreichen keinerlei Einfluss hat, übt die Mittelklasse in den USA öfter Verzicht. Laut einer Umfrage reduzieren rund 25 Prozent der Amerikaner diesen Sommer die Anzahl ihrer Flüge. 10 Prozent haben das Reisen für die Ferienzeit gänzlich aufgegeben. (chm)

## Iran-Krieg treibt Inflation hoch

Zentralbanken geraten unter Druck, ihre Leitzinsen zu erhöhen.

Der Ölpreisschock infolge des Iran-Krieges hat die Inflation in der Eurozone auch im Mai angefeuert. Im Jahresvergleich stiegen die Konsumentenpreise um 3,2 Prozent, wie das Statistikamt Eurostat nach einer ersten Schätzung mitteilte. Im April hatte die Inflationsrate noch bei 3,0 Prozent gelegen. Damit liegt die Teuerungsrate über dem Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB), die mittelfristig eine Inflationsrate von zwei Prozent im Euroraum anstrebt.

Die Notenbank steht daher unter Druck zu reagieren. An den Finanzmärkten wird damit

gerechnet, dass die EZB bei ihrem Entscheid am 11. Juni die Leitzinsen erstmals in diesem Jahr erhöht. Aktuell liegt der für Sparer und Banken wichtige Einlagenzins bei 2,0 Prozent. EZB-Präsidentin Christine Lagarde hatte zuletzt betont, die Notenbank sei bereit zu handeln, falls nötig.

«Die Inflation dürfte noch viele Monate über 3 Prozent liegen, sofern die Strasse von Horvus nicht schnell geöffnet wird», so Commerzbank-Chefökonom Jörg Krämer. Für eine hohe Inflation spreche auch, dass Umfragen zufolge immer

mehr Unternehmen die gestiegenen Energiekosten weitergeben. «Der EZB bleibt nichts anderes übrig, als ihre Leitzinsen auf der Sitzung nächste Woche anzuheben. Vermutlich dürfte sie sie nach der Sommerpause erneut erhöhen.»

Angetrieben wurde die Inflation im Mai durch stark gestiegene Energiepreise, die im Jahresvergleich um 10,9 Prozent zulegten. In der Schweiz wird es ebenfalls diese Woche neue Inflationszahlen geben. Am 18. Juni entscheidet die Schweizerische Nationalbank über ihren Leitzins. (dpa)